

► Nr. VO/2018/06316
öffentlich

Lübeck, 16.08.2018

Antrag eines Ausschusses/Beirates

Verantwortliche Bereiche:
4.513 - Jugendarbeit

Bearbeitung: Dana Gladasch (E-Mail: dana.gladasch@luebeck.de Telefon: 122 - 1217)

Empfehlung des Jugendhilfeausschusses: Betreff: Antrag der SPD zur Einrichtung von Ganztagsplus-Gruppen

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
30.08.2018	Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck	Öffentlich	

Antrag:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Bürgerschaft wie folgt zu beschließen:

Im Rahmen des Ganztages an Schule wird an jedem Standort das Modell Ganztagsplus-Gruppe eingerichtet.

Die Verwaltung setzt sich mit den betroffenen Trägern in Verbindung um ein Umsetzungs-konzept zu erarbeiten. Dieses ist den politischen Gremien rechtzeitig vor der Haushaltssit-zung 2019 vorzulegen.

Begründung:

Der Jugendhilfeausschuss hat sich in seiner Sitzung am 07.06.2018 mit dem mündlichen vorgetragenen Antrag befasst und folgende Empfehlung ausgesprochen:

Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 07.06.2018

Zu TOP 8.1

Auszug aus der Niederschrift des Jugendhilfeausschusses am 07.06.2018 zu TOP 8.1 (Anla-ge 1)

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig entsprechend dem Antrag zu beschließen.

Anlagen :

Anlage 1: Auszug aus der Niederschrift des Jugendhilfeausschusses am 07.06.2018 zu TOP 8.1

Vorsitzende/r
des Ausschusses/Beirates

Beschlussauszug

38. Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Wahlperiode 2013 - 2018) vom 07.06.2018

Ö 8.1 Antrag der SPD zur Einrichtung von Ganztagsplus-Gruppen

Status: öffentlich/nichtöffentlich **Beschlussart:** (offen)
Zeit: 16:30 - 18:11 **Anlass:** Sitzung
Raum: Hanse-Schule für Wirtschaft und Verwaltung
Ort: Dankwartsgrube 14-22, 23552 Lübeck
Vorlage:

Herr Puhle stellt für die SPD folgenden Antrag und lässt darüber abstimmen.

Beschluss:

„Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Bürgerschaft wie folgt zu beschließen:

Im Rahmen des Ganztages an Schule wird an jedem Standort das Modell Ganztagsplus-Gruppe eingerichtet.

Die Verwaltung setzt sich mit den betroffenen Trägern in Verbindung um ein Umsetzungskonzept zu erarbeiten. Dieses ist den politischen Gremien rechtzeitig vor der Haushaltssitzung 2019 vorzulegen.“

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

*Ja-Stimmen: 11
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0*